

Meinungen

Kommentar

Es müssen neue Ideen auf den Tisch

Inmitten von Kriegsrhetorik reden Russland und der Westen wieder von Dialog. Doch das allein genügt nicht mehr.

Bei aller Skepsis, die gegenüber den Meldungen von einem russischen Rückzug sicher angebracht ist: Die Nachricht von einem Abzug einzelner Truppen aus der Grenzregion zur Ukraine macht Mut. Und sie öffnet ein Zeitfenster für Gespräche – mitten in der Angst darum, dass noch diese Woche ein Krieg in Europa beginnen könnte.

Stattdessen soll nun also geredet werden. Etwas, das selbstverständlich tönt, die letzten

Jahre aber sträflich vernachlässigt wurde. Nach der Annexion der ukrainischen Krim, ein klarer und nicht tolerierbarer Bruch des Völkerrechts durch Russland, setzte der Westen auf scharfe Sanktionen und einen faktischen Abbruch der Beziehungen. Den Kreml hat beides kaltgelassen. Doch damit gingen auch wertvolle Kontakte auf der Ebene von Experten, Wissenschaftlern, Beamten und der Gesellschaft verloren. Der Einfluss des Westens in Russland ist auf

**Die Formel
«Solange sie reden,
schiessen sie nicht»,
wird nicht ewig
halten.**

den Nullpunkt gesunken. Die Beziehungen landeten in der Sackgasse.

Dass nun ausgerechnet neue militärische Drohungen den Dialog zurückbringen, ist bitter. Doch der Westen hat die Kröte geschluckt und Gespräche eröffnet. Vom französischen Präsidenten Emmanuel Macron bis zum deutschen Kanzler Olaf Scholz pilgern Staatschefs nach Moskau. Doch Gespräche allein genügen nicht, sie müssen auch zu einem Ziel führen.

Dafür braucht es neue Ideen. Doch davon ist nichts zu spüren. Russland hat angedroht, man werde nicht «endlos» verhandeln. Die vor allem bei den Europäern beliebte Formel «Solange sie reden, schiessen sie nicht» wird nicht ewig halten.

Moskau wird seine Forderungen nicht einfach aufgeben, und die Drohkulisse um die Ukraine ist bestenfalls etwas in den Hintergrund gerutscht, aber keineswegs verschwun-

den. Laut den USA hat Moskau die Militärpräsenz die letzten Tage sogar ausgebaut und nicht abgebaut. Deshalb müssen nun schnell Lösungen her für den ewigen Streit zwischen der Nato und Russland. Das Fenster der Möglichkeiten bleibt nicht ewig offen.



Zita Affentranger

Pro und Kontra

Soll die Schweiz in den UNO-Sicherheitsrat?

In einer Sonderdebatte muss das Parlament entscheiden, ob das Land für das Gremium der Vereinten Nationen kandidieren soll. Die Debatte läuft auch in der Tamedia-Redaktion.



Grosser Auftritt: Bundespräsident Guy Parmelin bei seiner Rede vor der UNO-Vollversammlung in New York Ende September 2021. Foto: Getty Images

Ja Die SVP zwingt das Bundesparlament, sich abermals mit der Kandidatur der Schweiz für den UNO-Sicherheitsrat zu befassen. In einer Sonderdebatte mitten in der Frühlingssession diskutieren National- und Ständerat eine SVP-Motion, die einen Kandidaturverzicht fordert.

Die Rechtsbürgerlichen provozieren damit eine Phantomdebatte. Die Hoheit über dieses Dossier liegt beim Bundesrat, nicht beim Parlament. Der Wahltermin ist bereits am 22. Juni. Sollte der Bundesrat die Kandidatur jetzt zurückziehen, würde sich die Schweizer Aussenpolitik nach einer langen Wahlkampagne komplett unglaubwürdig machen. Kein Staat stellt infrage, dass die Schweiz 2023 und 2024 als nicht ständiges Mitglied im UNO-Sicherheitsrat Platz nimmt.

Durchaus verständlich ist die Ansicht, dass die politische neutrale Schweiz aufgrund ihrer Wesensart kein prädestiniertes Mitglied für den UNO-Sicherheitsrat ist. Wenn Grossmächte ihr politisches Powerplay aufziehen, von ihrem Vetorecht Gebrauch machen und im äussersten Fall über Leben und Tod entscheiden, passt das nicht zu einem fried-

liebenden, unabhängigen Kleinstaat wie der Schweiz.

Aber die UNO ist kein rechtsfreier Raum. Alle Mitgliedsstaaten verpflichten sich, sich an die UNO-Charta zu halten. Die Schweiz hat ein grosses Interesse daran, dass der Sicherheitsrat geltendes Recht durchsetzt, nicht um Kriege zu beginnen, sondern um Kriegshandlungen zu verhindern. Natürlich kann es im Sicherheitsrat im Krisenfall zu Ausnahmesituationen kommen, weil er Entscheide innert Stunden treffen muss. Für die «Aussenpolitik ist Innenpolitik»-Doktrin von Bundesrat Ignazio Cassis bleibt da kein Platz. Sein Departement muss bereit sein, sich innert Stunden klar zu positionieren.

Dass die Schweiz Mitglied der Vereinten Nationen ist, wollte das Volk. Die Schweiz ist in der UNO-Welt respektiert und gut eingebunden. Die multilaterale Diplomatie ist eine Stärke der helvetischen Diplomatie. Leistet sie im Sicherheitsrat gute Arbeit, stärkt sie das Ansehen der Schweiz.



Philippe Reichen

Nein Im UNO-Sicherheitsrat wird über die Rechtmässigkeit von Kriegen entschieden.

Im Zentrum dürfte dabei für die nächsten Jahre ein Machtkampf stehen, der sich im Dreieck Russland-China-USA bewegt. Die Schweiz hat in diesem Kampf nichts verloren. Ihre Stärken liegen anderswo.

Die Neutralität wird angesichts der Schweizer Kandidatur für den UNO-Sicherheitsrat nur oberflächlich diskutiert. Es geht dabei meist nur um die innenpolitische Frage nach Schaden oder Nutzen. Vergessen geht dabei, dass die Neutralität schweizerischer Ausprägung im Vergleich zur UNO ebenfalls einem Friedensprojekt entspricht, dem von links bis rechts Priorität beigemessen werden müsste. Die Schweizer Neutralität im heutigen Sinne besteht seit dem zweiten Pariser Frieden von 1815. Die Schweiz beschritt danach den Weg kleinstaatlicher Begrenzung. Sie opferte dafür äusseren Glanz und Ruhm. Bis heute erleichtert diese Neutralität die persönliche Stellungnahme der Bürgerinnen und Bürger; sie können ihre aussenpolitischen Ansichten frei äussern, ohne staatlich vorgegebenen Machtinteressen folgen zu müssen.

Zur Neutralität verpflichtet ist allein der Bundesrat.

Dieser muss sich heute bewusst sein, dass Neutralität nicht feiges Abseitsstehen bedeutet, wenn andere sich balgen. Neutralität ist vielmehr geleitet von Friedenssehnsucht, die eng verbunden ist mit freiwilliger Solidarität. Diese gebietet zivile Hilfe und machtpolitisch unverdächtige Vermittlung zwischen Streitenden. Eine Schweiz im Sicherheitsrat beschädigt das Friedensprojekt Neutralität. Dies ist sogar dann der Fall, wenn sie sich der Stimme enthält. Enthaltung wird von der einen Seite als Parteinahme zugunsten der anderen interpretiert.

Weshalb aber sollte eine Schweiz ausserhalb des Sicherheitsrats heute nicht Leitstrahl sein für andere? Eine neutrale Ukraine, nach Schweizer Vorbild, müsste zwar ihre Nato-Träume begraben, dafür hätten die Grossen dem Land aber territoriale Unversehrtheit zu garantieren. So, wie es 1815 auch die Russen taten, als es um die Schweiz ging.



Benjamin Gafner

Wo Menschen «entsorgt» werden

Rückkehrzentren sind Verwahrungsorte. Die Politik muss das rasch korrigieren.

Daniel Winkler

Der von der Nationalen Kommission zur Verhütung von Folter und unmenschlicher Behandlung (NKVF) letzte Woche veröffentlichte Bericht zu den Berner Rückkehrzentren kommt zu dem Schluss, dass die Unterbringung der dort lebenden Asylsuchenden menschenunwürdig sei. Insbesondere die Lage der Kinder sei mit der UNO-Kinderrechtskonvention nicht vereinbar, die Wohnsituation von Familien prekär – in Gefängnissen die Raumverhältnisse komfortab-

**Hier zeigt sich,
dass der Anstrich
der Zivilisation
über der Barbarei
dünn ist.**

ler. Die fehlende Beschäftigung gefährde die psychische Gesundheit. In anderen Rückkehrzentren der Schweiz sind die Bedingungen in keiner Weise besser.

Das Wort Rückkehrzentrum ist eine Beschönigung. Es sind weitgehend Verwahrungsorte. In der Schweiz sind es afghanische, eritreische oder tibetische Asylsuchende, die seit Jahren in den Nothilfestrukturen leben. Das Wort Nothilfe bagatellisiert dabei die Verhältnisse, welche Not regelrecht erzeugen, um den Ausreisepressur zu erhöhen. Die Repression führt aber nicht zum Ziel: Schon vor der Pandemie Anfang 2020 lebten fast drei Viertel aller Abgewiesenen seit über einem Jahr unter menschenunwürdigen Bedingungen, wie die NKVF jetzt feststellt. Ein solches Leben ist bloss für wenige Tage oder Wochen vorgesehen und nur als Kurzaufenthalt grund- und menschenrechtskonform.

Wo liegt das Problem? Gebetsmühlenartig wiederholen die kantonalen und nationalen Asylbehörden, dass die Abgewiesenen sich ihrer Pflicht zur selbstständigen Ausreise wi-

dersetzt hätten und deshalb an ihrer Situation selbst schuld seien. Das Gleiche gelte für die vielen Nothilfekinder. Sie seien Opfer ihrer Eltern, die nicht ausreisen wollten. Dieses Narrativ blendet entscheidende Aspekte aus.

Langzeitbeziehende in der Nothilfe sind vor allem Personen aus Ländern mit erschwerten Rückkehrbedingungen wie Afghanistan, das Bürgerkriegsland Äthiopien, Eritrea und Tibet. Wenn Länder Rückübernahmeabkommen verweigern, ist das häufig dem Umstand fehlender minimaler rechtsstaatlicher Strukturen geschuldet. Diesem Zusammenhang tragen unsere Asylbehörden keine Rechnung. Sie pochen auf die Gleichbehandlung aller Abgewiesenen, was vor allem bürokratischer Bequemlichkeit entspricht.

Ein Lösungsansatz wäre, Dublin-Fälle, die rasch ins Erstaufnahmeland zurückgeführt werden, und Abgewiesene mit Rückübernahmeabkommen kurzzeitig in Zentren zu platzieren. Asylsuchende und Familien aus Ländern mit schwierigen Rückkehrbedingungen müssen in Wohnungen leben können. Auch dort sind sie für die Behörden jederzeit greifbar.

Das Nothilferegime und die damit verbundene Idee der Rückkehrzentren sind durch demokratisch legitimierte Entscheide entstanden. Aber hätte das Schweizer Volk geahnt, dass Familien, Frauen und Kinder in diesen Zentren verelenden, hätte es anders entschieden. Niemand wusste damals, welch giftige Früchte diese Idee einmal tragen würde: Menschen werden sozusagen «entsorgt». Das ist eine unzumutbare Situation, die auf nationaler Ebene möglichst rasch einer Korrektur bedarf. An diesem Beispiel zeigt sich, dass der Anstrich der Zivilisation über der Barbarei dünn ist.

Daniel Winkler ist evangelisch-reformierter Pfarrer in Riggisberg im Kanton Bern.